

Beitrag es zur Finanzierung der geplanten landwirtschaftlichen Hochtechnologiezone nahe Xi'an leisten und welche Privilegien die Zone zur Anziehung ausländischen Kapitals erhalten werde. Darüber hinaus seien die Westprovinzen in Beijing auch mit ihrem dringlichen Vorschlag auf taube Ohren gestoßen, neben Shanghai und Shenzhen einen dritten Börsenstandort in Westchina zu eröffnen, um dortigen Firmen die Aufnahme von Kapital zu ermöglichen und ein regionales Finanzzentrum aufzubauen. -hei-

*(7)

Soziale Entwicklung in Chinas Städten: Shanghai an der Spitze

Das Shanghaier Forschungsinstitut für wissenschaftlich-technische Informationen hat in einer aktuellen Studie das "umfassende soziale Entwicklungsniveau" (*zonghe shehui fazhan shuiping*) in sieben hochentwickelten chinesischen Großstädten vergleichend untersucht. In der Indexwertung liegt Shanghai mit 13.467 Punkten knapp vor Beijing (13.440) und deutlich vor Shenzhen (11.461), Guangzhou (11.050), Tianjin (7.467), Shenyang (7.353) und Wuhan (5.599).

Als besondere Stärken Shanghais werden in der vergleichenden Studie unter anderem der Ausbildungsstand und der Lebensstandard der Bevölkerung, das Entwicklungsniveau im Finanzsektor, in Forschung und Entwicklung, im Gesundheits- und Verkehrswesen sowie die günstigen Bedingungen für in- und ausländische Investoren hervorgehoben. (*Xinmin Wanbao*, Shanghai, 10.4.1997) -hei-

*(8)

Warnungen vor überhöhtem Haushaltsdefizit: "Gefahr für die Sicherheit der Volkswirtschaft"

Die einflußreiche politische Zeitschrift *Liaowang* (1997/12, S.12-13) hat in einem instruktiven Artikel eindringlich vor den Gefahren des hohen Defizits im Staatshaushalt für die "Sicherheit der Volkswirtschaft" gewarnt und sich skeptisch über die Bemühungen des Finanzministeriums geäußert, bis zum Jahr 2000 einen Haushaltsausgleich zu erreichen. In den siebzehn Jahren zwischen 1979 und 1995 habe das Haushaltsdefizit nahezu kontinuierlich und in den neunziger Jahren sogar sprunghaft zugenommen. Während der Laufzeit

des achten Fünfjahrplans (1991-1995) habe sich das Defizit auf das 2,3fache des siebten und sogar auf das 23,3fache des sechsten Fünfjahrplans erhöht.

International anerkannte Grenzwerte für ein volkswirtschaftlich vertretbares öffentliches Haushaltsdefizit (die chinesischen Autoren gehen von 3% des BIP bzw. 15% der gesamten Staatsausgaben aus) seien 1994 und 1995 mit über 3,7% (Anteil am BIP) bzw. mehr als 40% (Anteil an den Staatsausgaben) deutlich übertroffen worden. Der Haushaltsausgleich müsse um der gesamtwirtschaftlichen Stabilität willen in viel stärkerem Maß als bisher zu einem Schwerpunkt der Regierungsarbeit werden. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

*(9)

Vertiefte Reformen an der Akademie der Wissenschaften

In Umsetzung des Staatsrat-Beschlusses über die Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems vom Oktober 1996 hat die Chinesische Akademie der Wissenschaften weitere Reformmaßnahmen eingeleitet mit dem Ziel, die Aufgaben bis zum Jahr 2000 und die Zeit danach zu definieren. Auf einer Tagung über die Arbeit der Akademie für das Jahr 1997 wurden folgende Schwerpunkte der Reform festgelegt (vgl. RMRB, 10.4.97):

1. Bei der Projektplanung bis zum Jahr 2000 geht man in bezug auf strategische Schwerpunkte, Auswahlprinzipien und Organisationsformen neue Wege. Bei der Auswahl von Projekten der Grundlagenforschung zählen nicht nur die Vorzüge des Projektes selbst, sondern es wird auch Wert darauf gelegt, daß die Entwicklungstendenzen der betr. Wissenschaft analysiert werden (wohl im Hinblick auf die praktische Umsetzung) und die langfristigen Forderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung geprüft werden. Das heißt, man wählt solche Projekte aus, bei denen der Durchbruch große wissenschaftliche Bedeutung hat und zugleich strategischen Einfluß auf die sozioökonomische Entwicklung nehmen kann. Auf dem Gebiet der High-Tech-Forschung werden solche

Projekte ausgewählt, die für die staatliche Finanzverwaltung und die Lebensverhältnisse des Volkes bedeutsame Fortschritte erzielen können, die Kräfte für neue Forschungsergebnisse bündeln und den Industrialisierungsprozeß beschleunigen. Ein weiterer Schwerpunkt neben Grundlagen- und High-Tech-Forschung ist die Forschung auf den Gebieten Ökologie, Ressourcen, Umwelt. Hier soll die gesamte Akademiearbeit auf nachhaltige Entwicklung und kooperative Forschung in bezug auf die globalen wissenschaftlichen Probleme ausgerichtet werden. Als Auswahlprinzip für die Großprojekte spielt neben der wissenschaftlichen Bedeutung auch eine Rolle, inwieweit die Projekte die systematische Integration verschiedener Fächer und die Strukturreform der Akademie fördern und inwieweit sie neue Wachstumspunkte bilden können. Mit anderen Worten, neben der wissenschaftlichen Bedeutung werden praktische wissenschaftspolitische Ziele verfolgt und vor allem praktische Ziele für die sozioökonomische Entwicklung. Selbst die sog. Grundlagenforschung wird durchweg im Hinblick auf die in die Praxis umzusetzenden Ergebnisse betrieben.

2. Die Akademie der Wissenschaften hat bereits 40 Großprojekte ausgewählt, von denen einige schon angelaufen sind und der größte Teil bis Jahresende angelaufen wird. Dazu gehören z.B. Projekte, die den Boden für den Anbau von Handelsgetreide sichern oder neue Techniken für saubere Produktion und Kontrolle über Umweltverschmutzung entwickeln sollen, also sehr praxisnahe Projekte.

3. In struktureller und organisatorischer Hinsicht wird die Reform des Wissenschaftssystems vorangetrieben, indem man sich neben der staatlichen Planung auch auf den Markt einstellt. Hierbei wird darauf geachtet, daß die Akademie selbstbewußt und konsequent an ihrer eigenen strategischen Position festhält. Außerdem sollen alle Institute und Schwerpunktlabore innerhalb der nächsten drei Jahre ein eigenes Profil gewinnen, indem sie ihre Forschungsrichtung neu definieren, ihre Besonderheiten bewahren und Innovationen entwickeln. Wie außerdem bekannt wurde, sollen die gegenwärtig 120 Institute der Akademie der Wissenschaften durch Zusammenlegung zu 80 Instituten zusammengefaßt werden (XNA, 11.4.97).

4. Die Altersstruktur der wissenschaftlichen Mitarbeiter soll verjüngt werden, so daß jüngere Leute an die Spitze

kommen. Innerhalb der nächsten drei Jahre werden 70% der Wissenschaftler der Akademie pensioniert. Die Ausbildung jüngerer wissenschaftlicher Fachleute, die in Führungspositionen überwechseln können, ist daher eine dringende Aufgabe. Wissenschaftliche Großprojekte sollen künftig nicht mehr von Wissenschaftlern über 65 Jahre geleitet werden. Bis zum Jahr 2000 soll mindestens die Hälfte der Projektleiter unter 50 Jahre alt sein; gegenwärtig sind nur 19% der Leiter von Großprojekten der Akademie unter 45 (XNA, 6.4.97). Hinsichtlich der Altersstruktur insgesamt hat sich die Situation in den letzten Jahren verbessert: Von den 48.000 Wissenschaftlern der Akademie sind 60% unter 45 Jahre alt. Allerdings hat nur ein Viertel von ihnen den Titel eines ordentlichen oder außerordentlichen Professors (ebd.).

Bemerkenswert ist, daß die Reduzierung der an der Akademie beschäftigten Wissenschaftler, die ein vordringliches Ziel der Reform des Wissenschaftssystems war, schon ziemlich weit vorangeschritten ist. Im Frühjahr 1993 zählte das wissenschaftliche Personal an der Akademie noch 100.000. Wenn diese Zahl jetzt auf 48.000 gesenkt werden konnte, so ist man der angestrebten Reduzierung auf 30% schon ein großes Stück näher gekommen. -st-

*(10)

Bemühungen um Schulbesuch der Migrantenkinder

Bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht, die bis zum Ende des Jahrhunderts realisiert sein soll, stellt das Problem der Migrantenkinder ein ernsthaftes Hindernis dar. Da sich ein großer Teil der Wanderarbeiter in den Zielstädten nicht registrieren läßt, werden auch deren schulpflichtige Kinder nicht erfaßt. Nachdem das Problem jahrelang vernachlässigt worden war, werden jetzt zunehmend Stimmen laut, die eine Lösung des Problems fordern. Dies macht sich u.a. dadurch bemerkbar, daß die Medien die Frage aufgegriffen haben, um das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu wecken. Insbesondere die *Guangming-Zeitung*, in der Bildungsfragen einen Schwerpunkt bilden, hat sich in jüngster Zeit verstärkt dieser Frage gewidmet. In einem Kommentar dieser Zeitung (vgl. 31.3.97) wird darauf hingewiesen, daß der Anteil der Migrantenkinder an der Gesamtbevölkerung zwar gering sei, daß deren absolute Zahl allerdings keineswegs niedrig sei. Die Gefahr, daß die Migration die

Bemühungen um Einführung der allgemeinen Schulpflicht zunichte mache und sie ständig neue Analphabeten produziere, sei ein Problem, das die gesamte Gesellschaft angehe und dringend gelöst werden müsse.

Die Staatliche Bildungskommission ließ im April 1996 versuchsweise Bestimmungen für den Schulbesuch schulpflichtiger Kinder von Migranten (vgl. C.a., 1996/6, Ü 17); darin ist festgelegt, daß Migrantenkinder in der Regel in ihrem Heimatort zur Schule gehen müssen. Wenn sie diesen mit ihren Eltern verlassen, müssen sie am Zielort entweder als Gastschüler eine reguläre Schule oder ein Internat besuchen, oder sie müssen auf sonstige Art und Weise Unterricht erhalten. In jedem Falle muß für den Schulbesuch bzw. den Unterricht bezahlt werden. So einfach diese Bestimmungen klingen, so schwierig ist ihre Durchsetzung.

Die Schwierigkeiten werden in verschiedenen Zeitungsbeiträgen über die jeweilige örtliche Situation dargelegt. Die Hauptschwierigkeit liegt nach wie vor in der *zahlenmäßigen Erfassung* der Migrantenfamilien. Nur ein geringer Teil meldet sich, so daß die Behörden weitgehend auf Schätzungen angewiesen sind. Für Beijing wird eine Migrantenbevölkerung von gut 3 Mio. genannt, davon sollen gut 80.000 Kinder im schulpflichtigen Alter sein. Von diesen besucht aber nur die Hälfte, also rund 40.000, eine Grund- oder Mittelschule. Um mehr Kinder zu erfassen, hat man jetzt versuchsweise im Stadtbezirk Fengtai an die Eltern der Migrantenkinder Arbeitsgenehmigungen und an die Migrantenkinder befristete Aufenthaltsgenehmigungen verteilt, was dazu geführt hat, daß nunmehr über 90% der schulpflichtigen Migrantenkinder eine Schule besuchen. Neben dieser Maßnahme haben die Behörden die Kontrolle über die Migranten verstärkt und eine eingehende Untersuchung über die schulischen Bedingungen der Migrantenkinder eingeleitet. (GMRB, 27.3.97) Nach Jinan (Shandong), so heißt es, kommen jährlich 400.000 Wanderarbeiter inklusive Familienmitgliedern. Von diesen seien aber nur etwa 100.000, also ein Viertel, "stabil", was soviel heißt, daß sie eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Deren schulpflichtige Kinder besuchen derzeit alle eine Schule. (GMRB, 28.3.97) Aus diesen beiden Beispielen wird deutlich, daß Migrantenkinder nur eine Schule besuchen, wenn ihre Eltern regulär gemeldet sind.

Ein weiteres Problem ist die *Verfügbarkeit von Schulplätzen*, denn häufig reichen die bestehenden Kapazitäten nicht aus, um zusätzlich zu den Kindern der Wohnbevölkerung Migrantenkinder in die Schulen aufzunehmen. Den Vorschriften nach müssen schulpflichtige Kinder in die in ihrer Wohnnähe liegende Schule aufgenommen werden. Dies bereitet relativ wenig Probleme, wo die Wanderfamilien verstreut und in nicht zu großen Konzentrationen leben. Wenn jedoch die Klassengrößen durch die hinzukommenden Migrantenkinder gesprengt werden, müssen Ersatzkapazitäten geschaffen werden. Dies geschieht entweder durch Einrichtung zusätzlicher Klassen und Kurse oder durch den Bau neuer Schulen in den Gebieten, in denen sich Wanderarbeiter konzentrieren. Dabei allerdings entstehen neue Probleme. So versuchen die Behörden beispielsweise, die Migrantenkinder gleichmäßig auf die in Frage kommenden Schulen zu verteilen, damit einzelne Schulen nicht zu stark belastet werden. Offensichtlich ist es problematisch, wenn an manchen Schulen mehr als die Hälfte der Schüler Migrantenkinder sind, wie von Shijiazhuang (Hebei) berichtet wird. Probleme entstehen auch dadurch, daß die Mobilität der Migrantenfamilien relativ hoch ist, daß die Migrantenkinder eine große Belastung für die Lehrer sind, weil sie sich um diese Kinder viel mehr kümmern müssen, daß häufig die Lehrbücher und andere Ausstattungen nicht reichen und daß sich Migranteltern häufig weigern, die Schule zu wechseln, wenn dies von den Behörden gefordert wird. (GMRB, 27. u. 28.3.97) Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die meisten Schulen nur ungern Migrantenkinder aufnehmen und diese in vieler Hinsicht benachteiligt werden. In Shijiazhuang versucht man diesem Trend entgegenzuwirken, indem die Bildungsbehörde der Stadt solchen Schulen, die eine bestimmte Anzahl von Migrantenkindern aufnehmen, zusätzliche Lehrer, Ausstattung und Geld gewährt. Um den Migrantenkindern eine normale Schulbildung zuteil werden zu lassen, verfährt die Stadt nach dem Prinzip der "Drei Verbote" und "Drei Gebote": 1. Es ist verboten, den Migrantenkindern, aus welchen Gründen auch immer, die Aufnahme in eine Schule zu verwehren, sondern es ist geboten, ihnen einen Schulplatz zuzuweisen. 2. Es ist verboten, unrechtmäßige Gebühren zu erheben; statt dessen dürfen Gebühren nur nach der Norm erhoben werden. 3. Man darf die Migrantenkinder nicht mit anderen Augen betrachten, sondern muß sie als gleichwertig ansehen. (GMRB, 27.3.97)

Schließlich ist das Problem des *Schulgeldes* zu nennen. Nach den Vorschriften vom April 1996 ist es erlaubt, für den Schulbesuch von Migrantenkindern Schulgeld zu kassieren. Wenn man sich von offizieller Seite bemüht, Migrantenkindern die gleiche Behandlung wie den Kindern der Wohnbevölkerung zuzukommen zu lassen, so sind die Kinder der Wanderarbeiter zumindest in diesem Punkt benachteiligt, daß sie Schulgeld oder höhere Gebühren als die anderen Schüler zahlen müssen. Dies wird damit gerechtfertigt, daß die Migrantenkinder "Gastschüler" sind, deren Schulplatz eigentlich in ihrem Heimatort bereitzuhalten ist, für die aber am Zielort neue Kapazitäten geschaffen werden müssen, die die Haushalte der Bildungsbehörden zusätzlich belasten. Normalerweise ist zumindest in den Städten das Schulgeld abgeschafft, doch werden von den Schülern Gebühren für bestimmte Zwecke erhoben. Sowohl diese Gebühren als auch das Schulgeld für die Migrantenkinder müssen offiziell genehmigt werden. Die Höhe des von den Migranten zu zahlenden Schulgeldes dürfte von Stadt zu Stadt und Provinz zu Provinz variieren; Angaben darüber sind rar. In der Stadt Taian (Shandong) dürfen die Grundschulen für die sog. "Gastschüler" 80 Yuan pro Halbschuljahr und die Unteren Mittelschulen 120 Yuan pro Halbschuljahr nehmen, und es ist ausdrücklich verboten, darüber hinaus illegale Gebühren zu erheben (GMRB, 28.3.97). Einerseits ist es zwar verständlich, daß die ohnehin knappen Bildungshaushalte in den Zielorten der Wanderbevölkerung nicht übermäßig durch die Migrantenkinder belastet werden können. Andererseits muß jedoch die Tatsache, daß der Schulbesuch für Migrantenkinder nicht nur nicht kostenfrei ist, sondern sogar teurer als für die übrigen Kinder ist, viele Wanderarbeiterfamilien davon abhalten, ihre Kinder überhaupt auf die Schule zu schicken. Auch die Abbrecherquote dürfte bei Migrantenkindern aus Kostengründen bedeutend höher liegen als bei den anderen Schülern. Was sonst gilt, nämlich Schulgeldfreiheit, weil sie mit einer Schulpflicht nicht zu vereinbaren ist, gilt nicht für Migrantenkinder. Dies ist neben der mangelnden Erfassung dieser Gruppe und den Engpässen in der schulischen Infrastruktur einer der Hauptgründe, warum ständig neue Analphabeten heranwachsen. -st-

*(11) Mehr wissenschaftliche Kenntnisse für Frauen gefordert

In dem Bemühen, den Bildungsstand der Bevölkerung Chinas anzuheben, nimmt die Bildungsarbeit hinsichtlich des Erwerbs wissenschaftlich-technischer Kenntnisse eine Vorrangstellung ein. Zielgruppe sind vor allem die Schulkinder, weil ihnen diese Kenntnisse am leichtesten zu vermitteln sind. Jetzt hat man entdeckt, daß auch Frauen in dieser Hinsicht eine wichtige Zielgruppe wären, weil sie als Mütter eine entscheidende Rolle bei der Aufklärung der Kinder über wissenschaftliche Zusammenhänge spielen. Die Auswertung zweier Befragungen, die die Chinesische Gesellschaft für Wissenschaft und Technik in den Jahren 1992 und 1994 über den wissenschaftlich-technischen Bildungsstand von Frauen durchführte, hat ergeben, daß dieser bei Frauen deutlich niedriger ist als bei Männern. So wurde festgestellt, daß die Kenntnisse der befragten Frauen in den Naturwissenschaften, insbesondere in Physik, Astronomie und Mathematik, im Vergleich zu denjenigen der Männer starke Lücken aufwies. Lediglich in Fragen der Gesundheit und des Umweltschutzes schnitten Frauen besser ab als Männer. Ferner wurde ermittelt, daß der Kenntnisgrad technischer Fachtermini bei chinesischen Frauen im Vergleich zu Frauen im Ausland sehr viel niedriger liegt. Als besonders gravierend wird der Befund der Untersuchungen bewertet, daß in China Frauen ein sehr viel geringeres Interesse an Wissenschaft und Technik haben als Männer (vgl. dazu GMRB, 9.4.97 mit entsprechenden Tabellen).

Während Frauen- und Mädchenbildung schon seit Jahren in den Diskussionen um die Frauenproblematik einen breiten Raum einnehmen, wird die wissenschaftlich-technische Bildung der Frauen erst neuerdings thematisiert. Von seiten der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik wird hervorgehoben, daß die Verbreitung von wissenschaftlich-technischen Kenntnissen unter Frauen für die sozioökonomische Entwicklung Chinas von großer Bedeutung sei, weil Frauen schließlich die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Pädagogen weisen auf die Rolle der Frau in der Familienerziehung hin, und emanzipierte Wissenschaftlerinnen fordern, daß Frauen verstärkt im Wissenschaftsbereich tätig sein sollten. Ein Grund für das Zurückbleiben der Frauen in Wissenschaft und Technik wird in

Anschaungen gesehen, die mehr der Tradition verhaftet sind, z.B. darin, daß man bei Mädchen mehr Interesse für Berufe in Literatur, Kunst und Dienstleistungen weckt als für Wissenschaft und Technik. Hier will jetzt auch der Frauenverband ansetzen. Er plädiert für lebenslange Bildung in der Frauenbildung, so daß Lernen auch für Frauen ein kontinuierlicher, ununterbrochener Prozeß ist. In den Städten sollen Frauen in Verbindung mit ihrer beruflichen Tätigkeit wissenschaftlich-technische Kenntnisse erwerben, auf dem Lande in Verbindung mit der Vermittlung neuer Agrartechnologie. (Ebd.)

Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß im Laufe der Reformperiode in bezug auf Mädchenbildung und Berufsausbildung junger Frauen traditionelle Anschauungen wieder aufgelebt sind. Sie finden ihren Ausdruck u.a. darin, daß zumindest auf dem Lande Jungen eher der Schulbesuch ermöglicht wird als Mädchen und daß für Mädchen generell "typisch weibliche" Berufe bevorzugt werden. Wenn in den angeführten Umfragen 42 Prozent der befragten Frauen wissenschaftlich-technische Kenntnisse als nicht zur Allgemeinbildung gehörend bezeichnen, dann wird deutlich, in welchem Maße Frauen bereit sind, Unterschiede in bezug auf die Bildungsinhalte von Männern und Frauen zu sehen. -st-

*(12)

Bildungsplanung

Kürzlich hat der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing auf einer Veranstaltung verschiedener Parteiorganisationen einen Lagebericht über das Bildungswesen der VR China abgegeben. Dabei betonte er die Erfolge der Bildungsreform in bezug auf die beiden grundlegenden Ziele, nämlich die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums. Im Osten Chinas seien beide Ziele so gut wie erreicht, jetzt werde man sich auf die zwölf Provinzen in Mittel- und Westchina konzentrieren (RMRB, 26.4.97). Breiten Raum widmete Li Lanqing der beruflichen Bildung, die er als Stützpfiler der wirtschaftlichen Entwicklung bezeichnete. Er hob besonders die Notwendigkeit der Entwicklung der tertiären Berufsbildung hervor. Diese müsse in dreifacher Hinsicht von Nutzen sein: Erstens müsse sie der Strukturanpassung des Hochschulsektors und der vernünftigen Verwendung der vorhandenen Bildungsressourcen

CHINA aktuell

nützen; zweitens der Strukturanpassung des Sekundarschulsektors und der besseren Koordinierung der Berufsbildung auf Sekundar- und Tertiärebene und drittens der Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte auf dem Lande. Konkret bedeutet die Strukturanpassung des Hochschulsektors, daß ggf. Hochschulen oder Universitäten, wenn sie nicht den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechen, in Fachhochschulen umgewandelt werden; die Strukturanpassung auf Sekundarschulebene ist im wesentlichen bewerkstelligt insofern, als seit Beginn der achtziger Jahre ein großer Teil der Mittelschulen der Sekundarstufe II in berufsbildende Schulen umgewandelt wurde. Diese sollen nun zwecks besserer Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten mit tertiären Fachschulen zusammenarbeiten, wo dies sinnvoll erscheint. Schließlich wird die tertiäre Berufsbildung gefördert, um die auf dem Lande fehlenden qualifizierten Fachleute auszubilden, denn es ist immer noch sehr schwierig, Absolventen regulärer Universitäten oder Hochschulen für Positionen auf dem Lande zu gewinnen.

Besondere Beachtung in Li Lanqings Rede gebührt seinen Aussagen hinsichtlich der Bildungsplanung. Auch diese läßt wiederum die der beruflichen Bildung beigemessene Bedeutung erkennen. Den Planungen zufolge sollen 60 bis 70 Prozent aller Absolventen der Sekundarstufe I eine weiterführende Ausbildung auf einer Berufsmittelschule der Sekundarstufe II erhalten, während die übrigen 30 bis 40 Prozent der Absolventen der Sekundarstufe I auf eine allgemeinbildende Mittelschule der Sekundarstufe II weitergehen sollen. Von den Absolventen der allgemeinbildenden Mittelschuloberstufe wiederum sollen etwa 40 Prozent zum Hochschulstudium zugelassen werden, während den anderen Abiturienten eine Ausbildung auf einer tertiären Berufsbildungseinrichtung ermöglicht werden soll. Ziel ist es, weiterhin den Trend der Absolventen allgemeinbildender Mittelschulen zu den Universitäten zu bremsen und statt dessen mehr Abiturienten für die berufliche Praxis vor allem auf dem Lande auszubilden. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß diese Planung nur für den städtischen Bereich gilt. Ländliche Mittelschulen sind bereits auf der Unterstufe stark auf die Berufspraxis ausgerichtet, und deren Absolventen haben keine Möglichkeit, den Übergang zu einer allgemeinbildenden höheren Bildungseinrichtung zu schaffen. -st-

*(13)

Bildungsstatistik 1996

Am 5.4.1997 veröffentlichte die *Volkszeitung* das statistische Kommuniké des Staatlichen Statistikamtes über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Darin werden zum Bildungswesen folgende Angaben gemacht:

Hochschulsektor: Die Zahl der Hochschulen hat sich 1996 gegenüber dem Vorjahr um 22 auf nunmehr 1.032 verringert. Die Reduzierung der Zahl der Hochschulen hat damit zu tun, daß der tertiäre Bildungssektor in den achtziger Jahren sehr stark ausgebaut wurde und vielfach die Qualität der Hochschulen zu wünschen übrig ließ. Deshalb werden jetzt Hochschulen minderer Qualität und solche mit überholtem Lehrangebot oder solche, die von der geographischen Lage her überflüssig sind, geschlossen oder zusammengelegt. Ähnliches gilt für tertiäre Erwachsenenbildungseinrichtungen; deren Zahl wurde um 18 auf 1.138 reduziert. Dennoch ist die Zahl der Studierenden gestiegen. 1996 wurden an den regulären Hochschulen und Universitäten 966.000 Studienanfänger registriert, das waren 40.000 mehr als 1995. Damit belief sich die Gesamtzahl der Hochschulstudenten auf 3,02 Mio. Bei den Erwachsenen-Hochschulen (einschl. der 80.000 Teilnehmer an Kursen der Fernuniversität) waren es 945.000, 32.000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der neu zugelassenen Forschungsstudenten (Postgraduierten) betrug 1996 59.000, das waren 8.345 mehr als 1995. Damit hatte sich ihre Zahl insgesamt auf 162.000 erhöht.

Sekundarschulsektor: Hier konnte die berufliche Bildung weiter ausgebaut werden. Von den 17,8 Mio. Sekundarschülern besuchten 10,10 Mio. (56,8%) eine berufsbildende Mittelschule, d.h. die Schüler dieser Schulen machen jetzt mehr als die Hälfte aus.

Elementarbildung: Bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht wurden weitere Erfolge erzielt. Die Übergangsrate von der Grund- auf die Unterstufe der Mittelschule erhöhte sich um 4 Prozentpunkte auf 82,4%. Die Einschulungsrate der schulpflichtigen Kinder erreichte 98,8%, eine Steigerung um 0,3 Prozentpunkte gegenüber 1995. Die Abbrecherquote auf der Sekundarstufe I wird mit 3,5%, diejenige auf Grundschulebene mit 1,3% angegeben. Abgesehen davon, daß diese Quoten mit ho-

her Wahrscheinlichkeit zu niedrig sind, weil die örtlichen Bildungsämter die Zahlen meist schönen, vermitteln nationale Durchschnittszahlen kein realistisches Bild. In unterentwickelten Gebieten beträgt der Anteil der Abbrecher nicht selten ein Drittel bis zu einer Hälfte.

Im Jahre 1996 wurden gut 4 Mio. Menschen alphabetisiert. Dies ist die allgemein anerkannte Zahl, die in einem Jahr erreicht werden kann. Mit dieser Zahl ist allerdings die Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Erwachsenen, die bis zum Jahr 2000 verwirklicht sein soll, nicht zu schaffen. Ende 1995 gab es nach offiziellen Angaben noch 35 Mio. Analphabeten unter den 15- bis 50jährigen. -st-

*(14)

Bevölkerungsentwicklung

Im staatlichen statistischen Kommuniké für das Jahr 1996 (veröffentlicht in RMRB, 5.4.97) ist den Angaben zur Bevölkerungsentwicklung zu entnehmen, daß der Trend der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums auch 1996 bestätigt wurde. Den Angaben zufolge betrug die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung 10,42 Promille (1995: 10,55 Promille). Bis zum Jahresende 1996 hatte sich die Bevölkerung um 12,68 Mio. Menschen auf insgesamt 1,223890 Mrd. erhöht. 1995 hatte die Bevölkerung um 12,71 Mio. Menschen zugenommen. Die höchste Wachstumsrate war 1996 in Tibet zu verzeichnen, nämlich 24,7 Promille, die niedrigste mit 5,6 Promille in Shanghai (XNA, 19.4.97). Dies macht wiederum die Tatsache deutlich, daß die Bevölkerung in den entwickelten Regionen, also vor allem in den östlichen Küstenregionen, langsamer wächst als in den chinesischen Inlandprovinzen oder gar in den westlichen Nationalitätengebieten. Hinzu kommt, daß die chinesische Regierung gegenüber den Nationalitäten eine mildere Geburtenregelungspolitik durchführt, um Unzufriedenheit zu vermeiden. Normalerweise können Nationalitätenfamilien zwei bis drei Kinder haben; insbesondere kleinere Volksgruppen genießen weniger Beschränkungen. -st-

*(15)

Maler Wu Zuoren gestorben

Der bekannte chinesische Maler Wu Zuoren ist im Alter von 89 Jahren in Beijing gestorben (GMRB, XNA,

11.4.97). Er stammte aus Suzhou (Provinz Jiangsu) und ging in jungen Jahren nach Belgien zum Kunststudium, das er 1935 an der Königlich-Kunstakademie abschloß. Er widmete sich sowohl der traditionellen chinesischen Tuschemalerei als auch der westlichen Ölmalerei und verband in seiner Kunst europäische Kompositionselemente mit chinesischer Technik. 1935 ging er nach China zurück und lehrte an der Universität Nanjing, die 1937 nach Chongqing umzog. Nach 1949 lebte er in Beijing, wo er 1958 Präsident der Zentralen Kunstakademie wurde. In der Kulturrevolution wurde er kritisiert, Ende der siebziger Jahre aber wieder in seinem Amt als Akademiepräsident bestätigt. Seit 1982 war er Ehrenpräsident der Zentralen Kunstakademie. Daneben bekleidete er zahlreiche andere Ämter, u.a. das eines stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden, eines Mitglieds im Ständigen Ausschuß des VI. NVK und eines Mitglieds im VII. Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz. -st-

Außenwirtschaft

*(16)

Unterschiedliche Einschätzung des "China-Risikos" in Japan

Von einer Reihe von Chinaexperten in japanischen Forschungsinstituten, aber auch von einigen japanischen Bankern werden Japans Unternehmen vor einer zu optimistischen Bewertung ihrer Chancen in China gewarnt. Nach Einschätzung von Takeo Kakei, Banker mit Erfahrungen in China und Autor eines neuen Buches mit dem Titel *China-Risiko*, würden viele japanische Unternehmen die Bedingungen in China nicht ausreichend verstehen. Obwohl es keine Statistiken über die Probleme der rd. 14.000 mit japanischem Kapital in China gegründeten Unternehmen verschiedenster Beteiligungsformen gebe, steige die Anzahl der japanischen Unternehmen, die sich aus China zurückziehen. Diese Erfahrung machte Koji Maruo, Regierungsberater für Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen.

Zu den Problemen, die nach Einschätzung vieler japanischer Experten vermieden werden könnten, zählen unzureichende Informationen über den lokalen chinesischen Partner, insbesondere,

wenn dieser ein staatseigenes Unternehmen ist, das nicht offengelegte eigene Ziele verfolge bzw. große Schwächen besitze. Im Ergebnis würde der chinesische Partner dann das japanische Unternehmen übervorteilen. Ein Beispiel hierfür ist der Rückzug des Uhrenherstellers Citizen aus einem Marketing-Joint Venture. Das Gemeinschaftsunternehmen war in Schwierigkeiten geraten, nachdem der chinesische Partner Kapital aus dem Unternehmen für Immobilienspekulationen benutzt hatte. Mit der Auflösung des Joint Venture-Unternehmens sind für Citizen Verluste von mehreren Millionen US-Dollar verbunden.

Den kritischen Stimmen zum "China-Risiko" steht jedoch die positive Einstellung vieler japanischer Unternehmen gegenüber, die China als ihren bevorzugten Investitionsstandort betrachten. So rangierte China in der Bewertung der meisten japanischen Unternehmen in der jährlichen Umfrage der Export-Import Bank of Japan im letzten Jahr an oberster Stelle. Obwohl es Zeichen für eine Verlangsamung der japanischen Investitionen in China gebe, sei nicht damit zu rechnen, daß China in nächster Zeit seine überragende Position bei Investitionsentscheidungen japanischer Unternehmen verlieren würde. Allerdings müsse Makoto Ebina, Chefökonom des Fuji Forschungsinstituts, nach der Wandel in der chinesischen Wirtschaft stärker von den japanischen Unternehmen beobachtet werden. Während Ebina nach bis vor kurzem fast alle Produkte in China verkauft werden konnten, wären inzwischen einige der Schlüsselmärkte für japanische Unternehmen, insbesondere Textilien sowie Haushaltsgeräte, hart umkämpft. (AWSJ, 13.3.97)

Im Gegensatz zu der vorsichtigen Einstellung der China-Experten in den japanischen Forschungsinstituten setzt die Mitsubishi Electric Corp. verstärkt auf China als Schlüssel-Standort ihres gesamten Asiengeschäfts. Mitsubishi plant derzeit die Gründung einer 100%igen Holding-Gesellschaft, um die verschiedenen China-Aktivitäten besser koordinieren zu können. Das Unternehmen hat 1987 mit einem ersten Joint Venture-Unternehmen zur Herstellung von Fahrstühlen in Shanghai begonnen. Inzwischen werden in 13 Fabriken Halbleiter, Mikrowellenöfen, Fax-Maschinenteile, etc. produziert.

Bisher bewertet Mitsubishi sein China-Engagement als sehr positiv und sieht keine Probleme. Mit Hilfe der neuen

Holding-Gesellschaft will Mitsubishi seine Expansionspläne in China schneller realisieren. Das Unternehmen hat eine Ausweitung der bisherigen Investitionen von 15 Mrd. Yen auf rd. 20 Mrd. Yen (158 Mio. US\$) bis zum Jahre 2000 vorgesehen. (AWSJ, 24.4.97)

Mitsubishi ist auch Gesprächspartner auf höchster politischer Ebene. Ende April beispielsweise wurde eine Delegation des Unternehmens von Jiang Zemin empfangen. Hierbei ging es vor allem um die Vorstellung der weiteren Expansionspläne von Mitsubishi in China. (XNA, 30.4.97)

Auf ein weiteres Wachstum des China-marktes setzt auch die Fluggesellschaft All Nippon Airways. Bei der Erschließung des asiatischen Marktes soll China eine Schlüsselstellung erhalten. Vorgesehen ist eine Ausweitung des Flugstreckennetzes auf weitere drei Städte zusätzlich zu den fünf Städten, die All Nippon Airways bereits anfliegt. Zu den drei neuen Städten zählen voraussichtlich Chongqing, Shenyang und Tianjin, die eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung besitzen. (AWSJ, 24.4.97)

China ist vor allem sehr an einer Verstärkung japanischer Investitionen in den Inlandprovinzen interessiert. Gegenüber einer Delegation des japanischen Kansai-Wirtschaftsverbands betonte der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing Anfang April, daß China Investitionen in der Yangzi-Beckenregion und in der Zentral- und Westregion begrüßen würde. (XNA, 10.4.97)

Einer der wichtigsten Investitionsstandorte für japanische Unternehmen ist Shanghai. Allein im letzten Jahr betrug das Volumen der zugesagten japanischen Investitionen in Shanghai rd. 1,7 Mrd. US\$; 1995 lag das Volumen bei 1,3 Mrd. US\$. Kumuliert wird das Investitionsvolumen seit 1979 von der Shanghai Foreign Investment Commission mit 4,96 Mrd. US\$ angegeben. Sonstige wichtige Investoren sind die USA (kumuliert 4,03 Mrd. US\$), Singapur (2,86 Mrd. US\$), Großbritannien (2,25 Mrd. US\$) sowie Deutschland (839 Mio. US\$). Die Hongkonger Investitionen von 20,7 Mrd. US\$ enthalten Mittel von festlandchinesischen Unternehmen und anderen internationalen Unternehmen, die über Hongkong nach Shanghai geflossen sind.